Satzung
des
Golf-und Landclub Bad Arolsen e. V.

In der Fassung vom 18.03.2016

1. Name, Sitz, Zweck

1.1. Der Verein führt den Namen Golf- und Landclub Bad Arolsen e.V.

1.2. Der Verein hat seinen Sitz in Bad Arolsen.

1.3. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des

Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Zweck des Vereins ist die

Ausübung und Förderung des Golfsports unter Berücksichtigung der Anforderungen an Landschaftspflege, Umwelt sowie die Erhaltung hessischen Kulturgutes.

1.4. Der Satzungszweck wird durch die Ausbildung der Mitglieder zur Ausübung des Golfsports,

durch das Abhalten eines geordneten Spielbetriebs, durch Veranstaltung clubinterner Wettspiele sowie durch die Teilnahme an Verbandswettspielen verwirklicht.

1.5. Der Verein hat ein durch Vertrag mit dem jeweiligen Golfplatzbetreiber gesichertes Nutzungsrecht auf der Golfanlage in Bad Arolsen am Twistesee; Ortsteil Wetterburg und Gut Eilhausen, Ortsteil Kohlgrund.

1.6. Der Verein ist selbstlos tätig, er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Mittel des Vereins dürfen nur für satzungsmäßige Zwecke verwendet werden. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

1.7. Mitgliederzahl und Dauer des Vereins sind unbeschränkt.

1.8. Der Verein soll Mitglied im Hessischen Golfverband e.V., im deutschen Golfverband e.V. und im Hessischen Landessport Verband e.V. werden.

2. Geschäftsjahr

2.1. Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

3. Arten der Mitgliedschaft

- Der Club hat:
- Gründungsmitglieder,
 - Ordentliche Mitglieder,
 - Zweitmitglieder,
 - Ehrenmitglieder
 - Seniorenmitglieder,
 - Firmenmitglieder,
 - Jugendmitglieder,
 - Teilmitglieder,
 - Fördernde Mitglieder,
 - Saisonmitglieder,
 - Passive Mitglieder

3.1. Gründungsmitglieder

sind ordentliche Mitglieder, die diese Satzung bei der Gründung des Vereins unterzeichnet haben.

3.2. Ordentliches Mitglied

ist jeder, der sich aktiv im Sinne von Ziffer 1 der Satzung betätigt und auf den keine andere Mitgliedschaft zutrifft. Ordentliche Mitglieder können nur natürliche Personen ab Vollendung des 18. Lebensjahres, juristische Personen und sonstige Personenvereinigungen sein. Sofern es sich um juristische Personen und sonstige Personenvereinigungen handelt, haben diese namentlich den oder die Vertreter zu benennen, die die Mitgliedschaft praktisch ausüben. Dies muss jeweils mindestens für 12 Monate gelten.

Ordentliche Mitglieder haben das uneingeschränkte Stimmrecht. Ihr Spielrecht gilt jeweils für den Teil der Golfanlage, für den sie eine Spielberechtigung von dem jeweiligen Golfplatzbetreiber erworben haben.

3.3. Zweitmitglieder

sind ordentliche Mitglieder, welche Mitglieder eines anderen anerkannten Golfclubs sind, sofern dieser einem nationalen Golfverband angeschlossen ist. Die Mitgliedschaft im Heimatverein ist unaufgefordert jährlich bis zum 01. Februar schriftlich nachzuweisen.

3.4. Ehrenmitglieder

sind natürliche Personen, die sich in besonderer Weise um den Verein und/oder den Golfsport verdient gemacht haben. Ehrenmitglieder haben die gleichen Rechte ordentlicher Mitglieder.

3.5. Seniorenmitglieder

Sind ordentliche Mitglieder, die bei Eintritt in den Verein das 65. Lebensjahr vollendet haben.

3.6. Firmenmitglieder

können Einzelfirmen, juristische Personen oder Personenvereinigungen sonstiger Art sein. Sie sind ordentliche Mitglieder. Die Firma benennt jeweils bis zum Beginn eines Kalenderjahres die Person oder den Personenkreis, die oder der die Mitgliedschaft ausübt.

3.7. Teilmitglieder

Sind Mitglieder ohne Stimmrecht und mit eingeschränktem Spielrecht. Sie erhalten einen Ausweis des Deutschen Golfverbandes nach Maßgabe des Vorstandes in Abstimmung mit der Betriebsgesellschaft.

3.8. Jugendmitglieder

Sind Kinder und Jugendliche bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres. Schüler, Auszubildende und Studenten über 18 Jahre gelten als Jugendmitglieder, sofern sie Angehörige einer zugelassenen Schul- oder Lehranstalt oder den Wehr- bzw. Zivildienst absolvieren und das 27. Lebensjahr bis zum Stichtag 01. 01. Noch nicht vollendet haben. Der Nachweis für die Ausbildung muss bis zum 01. Februar des jeweiligen Jahres in schriftlicher Form unaufgefordert vorgelegt werden. Jugendmitglieder sind ab dem 18. Lebensjahr stimmberechtigt, sofern sie die Aufnahmebedingungen für eine ordentliche Mitgliedschaft erfüllen. Sobald das Jugendmitglied in den Status eines ordentlichen Mitglieds wechselt, hat es analog zu diesem (siehe 3.2) eine Spielberechtigung von dem jeweiligen Golfplatzbetreiber zu erwerben.

3.9. Fördernde Mitglieder

sind natürliche Personen, Personenvereinigungen und juristische Personen, für die keine andere Mitgliedschaft begründet ist, sofern sie die Zwecke des Vereins unterstützen und am Vereinsleben teilnehmen wollen. Sofern es sich um juristische Personen bzw. um Personenvereinigungen anderer Art handelt, haben dies die Personen namentlich zu benennen, die die Mitgliedschaft real ausüben. Dies muss für jeweils mindestens 12 Monate gelten. Fördernde Mitglieder haben kein Stimmrecht. Das Spielrecht kann ganz oder teilweise gewährt werden. Sie nehmen nicht am vorgabewirksamen Wettspielbetrieb teil und erhalten keinen Ausweis des Deutschen Golf Verbandes.

3.10. Saisonmitglieder

sind Mitglieder, deren Mitgliedschaft auf eine bestimmte Zeitdauer, grundsätzlich bis 31. 12. Des laufenden Jahres, beschränkt ist.

3.11. Passive Mitglieder

sind Mitglieder, deren Mitgliedsrechte ruhen. Das passive Mitglied erhält keinen Ausweis des DGV.

3.12. Für die Mitgliedschaften unter Ziffer 3.6., 3.8., 3.9., 3.10. und 3.11. werden die Regelungen für das Spielrecht im Einzelnen vom Vorstand festgelegt. Die jeweilige Regelung ist für jeden Einzelfall von der Zustimmung des jeweiligen Golfplatzbetreibers abhängig.

4. Erwerb der Mitgliedschaft

4.1. Über die Aufnahme von Mitgliedern und den Wechsel in einen anderen Mitgliederstatus entscheidet der Vorstand. Der Antrag auf Aufnahme in den Verein und auf Änderung des Mitgliederstatus ist schriftlich an den Verein zu richten. Voraussetzung für die Bearbeitung eines Aufnahmeantrages in den Verein ist die Vorlage einer von dem jeweiligen Golfplatzbetreiber ausgestellten Spielberechtigung.

4.2. Ablehnende Entscheidungen sind vom Vorstand gemeinsam mit dem jeweiligen Golfplatzbetreiber zu treffen und dem Antragsteller gegenüber nicht zu begründen.

Die Änderung eines Mitgliederstatus muss schriftlich vor dem 01. Juli eines Jahres beantragt werden. Bei Zustimmung durch den Vorstand tritt die Änderung ab dem 01. Januar des Folgejahres in Kraft.

4.3. Die Ehrenmitgliedschaft wird vom Vorstand verliehen. Über eine Ehrenmitgliedschaft entscheidet der Vorstand mit $\frac{3}{4}$ Mehrheit.

Eine Ehrenpräsidentschaft wird auf Vorschlag des Vorstandes durch die Mitgliederversammlung mit der Mehrheit von $\frac{3}{4}$ der abgegebenen Stimmen verliehen.

- 4.4. Für den Widerruf von Ehrenmitgliedschaften und Ehrenpräsidentschaften gilt Ziffer 8.1. entsprechend.
- 4.5. Soweit für die Begründung eines Mitgliederstatus und für die Rechte und Pflichten des Mitgliedes dessen Alter entscheidend ist, gilt dasjenige Kalenderjahr insgesamt als neues Statusjahr, welches auf den betreffenden Geburtstag folgt.

5. Mitgliederbeiträge

- 5.1. Alle Mitglieder haben einen einmaligen Aufnahmebeitrag, einen Jahresbeitrag und eine Verzehrpauschale (Mitgliedschaften Nr. 3a), b), c), d), e), i) und j) zu entrichten. Über die Höhe der Jahresbeiträge entscheidet die Jahreshauptversammlung, im Übrigen entscheidet der Vorstand.
- 5.2. Ausnahme von den festgelegten Beiträgen können für Ehrenmitglieder und Ehrenpräsidentschaften beschlossen werden. Beide können von Aufnahmebeiträgen und Jahresbeiträgen ganz oder teilweise befreit werden.

Die Entscheidung obliegt dem Vorstand und bedarf der Zustimmung des jeweiligen Golfplatzbetreibers.
- 5.3. Jugendmitglieder sollen bei Übernahme in den ordentlichen Mitgliederstatus nachträglich Aufnahmebeiträge zahlen, wenn sie nicht mindestens vier Jahre Beiträge als Jugendmitglieder entrichtet haben. Bei nur einjähriger Mitgliedschaft im Zeitpunkt der Übernahme sind noch $\frac{3}{4}$, bei zweijähriger $\frac{1}{2}$, bei dreijähriger $\frac{1}{4}$ der bei Eintritt geltenden Aufnahmebeiträge zu erbringen. Der Vorstand ist berechtigt, in begründeten Fällen den Aufnahmebeitrag und den Mitgliedsbeitrag zu stunden, zu ermäßigen oder zu erlassen.
- 5.4. Der Jahresbeitrag ist bis 20. Januar des jeweiligen Geschäftsjahres zur Zahlung fällig. Die Spielberechtigung und die Ausgabe des Vereinsausweises kann von der fristgemäßen Zahlung des Beitrages abhängig gemacht werden. Bei Überschreitung des Fälligkeitstermins ist der Jahresbeitrag mit 10 % p.a. zu verzinsen. Mit dem Eintritt in den Verein erklärt jedes Mitglied automatisch eine Einzugsermächtigung dem Verein gegenüber für den Aufnahmebeitrag, den Mitgliedsbeitrag und eine etwaige Verzehrpauschale.
- 5.5. Mit der Aufnahme eines Mitgliedes in den Verein unterwirft sich dieses den Regelwerken des hessischen und deutschen Golfverbandes, der internationalen Golforganisationen, soweit deren Regelwerke allgemeinverbindlich sind, der Satzung des Vereins, den Be-

schlüssen der Mitgliederversammlung, des Vorstandes und sonstigen Entscheidungen des Vereins, soweit diese von einem satzungsmäßigen Organ oder beschlussfähigen Gremium des Vereins getroffen wurden.

6. Rechte und Pflichten der Mitglieder

- 6.1. Jedes Mitglied hat das Recht, nach Maßgabe dieser Satzung und entsprechend seines Mitgliederstatus, der Haus- und Platzordnung und gemäß den Beschlüssen der Mitgliederversammlung und des Vorstandes die Vereinseinrichtungen zu benutzen und an dessen Veranstaltungen teilzunehmen. Den Anordnungen des Vorstandes, der zuständigen Ausschüsse oder der mit Entscheidungsrechten vom Vorstand ausgestatteten Personen ist unbedingt Folge zu leisten.
- 6.2. Jedes Mitglied hat ein Recht auf Information über allgemeine Vereinsangelegenheiten sowie das Recht zur Teilnahme an der Mitgliederversammlung.
- 6.3. Stimmberechtigt ist ein Mitglied nach Maßgabe seines Mitgliederstatus.
- 6.4. Die Mitgliedschaftsrechte können nur persönlich ausgeübt werden. Sie sind nicht übertragbar. Bei Firmenmitgliedschaften nimmt das jeweils benannte Mitglied persönlich die Mitgliedschaftsrechte wahr.
- 6.5. Die Mitgliedschaft ist nicht übertragbar oder vererbbar.

7. Ende der Mitgliedschaft

- 7.1. Die Mitgliedschaft endet durch Austritt, Ausschluss oder Tod des Mitglieds, bei Firmenmitgliedschaften durch Liquidation.
- 7.2. Der Austritt aus dem Verein kann mit einer Frist von 6 Monaten zum Ende eines Geschäftsjahres erklärt werden. Die Erklärung ist schriftlich und fristgebunden an den Verein zu richten. Der Austritt befreit nicht von der Zahlung bereits fälliger Beiträge.

8. Ordnungsmittel und Ausschluss aus dem Verein

- 8.1. Bei Verstößen eines Mitgliedes gegen diese Satzung, gegen Beschlüsse und Anordnungen der Mitgliederversammlung oder des Vorstandes oder zu bestimmten Aufgaben berufenen Personen sowie gegen das Platz- und Hausrecht des Vereins oder gegen anerkannte Golfregeln können vom Vorstand, mit einfacher Mehrheit, im Falle des Entzugs einer Organ- oder Ehrenstellung und des Ausschlusses mit $\frac{3}{4}$ - Mehrheit, die folgenden Ordnungsmittel verhängt werden:
 - Verwarnung,

- Verweis,
- Geldbuße,
- Platzverbot auf Zeit,
- Spielverbot auf Zeit mit Einzug des DGV – Ausweises,
- Entzug einer Organ- oder Ehrenstellung im Verein,
- Ausschluss aus dem Verein.

Der Ausschluss aus dem Verein ist insbesondere zulässig bei nachhaltiger Gefährdung oder Schädigung des Ansehens oder der Interessen des Vereins, bei grob unsportlichem Verhalten, bei unehrenhaften Handlungen wie auch bei Zahlungsrückstand von mindestens 3 Monaten mit fälligen Zahlungen, sofern der rückständige Betrag höher als ein Jahresmitgliedsbeitrag ist. Die Pflicht zur Zahlung fälliger Beiträge wird durch den Ausschluss nicht berührt.

- 8.2. Der Vorstand hat vor einem geplanten Ausschluss dem betroffenen Mitglied Gelegenheit zur mündlichen und schriftlichen Stellungnahme zu geben.
- 8.3. Gegen eine Ausschließung kann ein Mitglied innerhalb von zwei Wochen nach Zugang des Ausschließungsbeschlusses schriftlich beim Vorstand Einspruch einlegen. Wird nicht rechtzeitig Einspruch eingelegt, so ist die Ausschließung unanfechtbar.
- 8.4. Mit dem Ausschluss enden sämtliche Mitgliedsrechte. Einem ausgeschlossenen Mitglied stehen keine Ansprüche aus dem Vereinsvermögen zu.

9. Schiedsgericht

Gestrichen auf Grund des Beschlusses der Mitgliederversammlung vom 24. 03. 2006

10. Organe des Vereins

10.1. Organe des Vereins sind:

- a) die Mitgliederversammlung
- b) der Vorstand

11. Mitgliederversammlung

- 11.1. Die Mitgliederversammlung ist das höchste Beschlussgremium des Vereins. Es gibt ordentliche und außerordentliche Mitgliederversammlungen.
- 11.2. Der Präsident beruft alljährlich im ersten Halbjahr eine ordentliche Mitgliederversammlung ein. Mitgliederversammlungen sind unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagungsordnung und des Versammlungsortes mit einer Ladungsfrist von vier Wochen, vom Tage der Absendung angerechnet, schriftlich einzuberufen. Mitglieder, die eine gemeinschaftliche Adresse haben, können mit einer Einladung eingeladen werden.
- 11.3. Die Mitgliederversammlung behandelt, soweit ihr durch spätere Beschlüsse nicht weitere Aufgaben übertragen werden, unter anderem folgende Tagesordnungspunkte:
 - Bericht des Präsidenten über das vergangene Geschäftsjahr,
 - Bericht des Spielführers,
 - Bericht des Finanzvorstandes über das abgelaufene Geschäftsjahr,
 - Berichte der Kassenprüfer,
 - Entlastung des Vorstandes,
 - Wahl des Präsidiums,
 - Wahl der Kassenprüfer,
 - Vorlage der Haushaltsplanung für das laufende Geschäftsjahr,
 - Festsetzung der Höhe der Jahresbeiträge,
 - Erhebung von Umlagen,
 - Änderungen der Satzung,
 - Auflösung oder Umwandlung des Vereins.
- 11.4. Der Vorstand kann eine außerordentliche Mitgliederversammlung einberufen, wenn diese im Interesse des Vereins geboten ist. Er ist zur Einberufung einer außerordentlichen Mitgliederversammlung verpflichtet, wenn dies von mindestens 100 stimmberechtigten Mitgliedern oder 25 % der insgesamt vorhandenen stimmberechtigten Mitglieder unter Angabe des Begehrens, der Gründe und der Tagesordnung schriftlich beim Vorstand beantragt wird. Kommt der Vorstand diesem Verlangen nicht binnen vier Wochen seit Eingang des schriftlichen Antrages nach, so sind die Antrag stellenden Mitglieder selbst zur Einberufung einer Mitgliederversammlung berechtigt.

11.5. Anträge, die in einer Mitgliederversammlung behandelt werden sollen, müssen von den Antrag stellenden Mitgliedern dem Vorstand mindestens 14 Tage vor der Versammlung schriftlich vorgelegt werden. Später gestellte Anträge können vom Vorstand zur Behandlung in der Mitgliederversammlung empfohlen werden. Derartige Ergänzungsanträge müssen vor Beginn der Versammlung inhaltlich vorgetragen werden.

Anträge, deren Inhalt eine Satzungsänderung bedeuten, müssen 4 Wochen vor dem Versammlungstermin schriftlich vorgelegt werden. Sie sind anschließend allen Mitgliedern bis spätestens eine Woche vor dem Versammlungstermin schriftlich mitzuteilen.

11.6. Die Mitgliederversammlung wird vom Präsidenten, im Verhinderungsfalle vom Vizepräsidenten, geleitet. Ist weder der Präsident noch sein Stellvertreter anwesend, so wird die Versammlung vom lebensältesten anwesenden Vorstandsmitglied geleitet.

11.7. Die Mitgliederversammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der Anwesenden beschlussfähig, wenn sie ordnungsgemäß einberufen ist.

11.8. Wahlen werden von einem Wahlleiter, der aus der Mitte der Versammlung bestimmt wird, geleitet und in geheimer Abstimmung durchgeführt, sofern der Vorstand selbst zu Wahl steht. Für die Leitung von Abstimmungen gilt ansonsten Ziffer 11.9.

Die Mitgliederversammlung kann mit einfacher Mehrheit beschließen, eine Wahl durch Handzeichen durchzuführen.

11.9. Andere Abstimmungen werden grundsätzlich in offener Abstimmung durchgeführt, sofern nicht die Mehrheit der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder geheime Abstimmung beschließt. Ungültige Stimmen werden als nicht abgegeben behandelt.

11.10. Über die Mitgliederversammlung ist eine Niederschrift anzufertigen, die ist vom Sitzungsleiter und dem Protokollführer zu unterzeichnen, bei durchgeführten Wahlen auch vom Leiter des Wahlausschusses.

Über die Beschlüsse der Mitgliederversammlung soll in Auszügen in einem Rundschreiben an die Mitglieder berichtet werden.

11.11. Die Mitgliederversammlung beschließt, soweit in dieser Satzung nichts Anderes bestimmt ist, mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Bei Stimmgleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.

12. Vorstand

12.1. Vorstand gemäß § 26 BGB sind der Präsident und der Vizepräsident. Beide vertreten gemeinsam.

12.2. Der erweiterte Vorstand kann nur aus ordentlichen Mitgliedern und/oder Ehrenmitgliedern gebildet werden. Dieser Vorstand besteht aus dem Präsidenten, dem Vizepräsidenten, dem Finanzvorstand, dem Spielführer und als Beisitzer dem Schriftführer, dem Jugendwart und dem Pressewart.

Scheidet ein Vorstandsmitglied aus, so kann der Vorstand für die Dauer der Wahlperiode einen Nachfolger bestimmen.

12.3. Der Vorstand führt die Geschäfte des Clubs. Er fasst seine Beschlüsse in schriftlich einberufenen Sitzungen (Fax oder E-Mail genügen) mit einfacher Stimmenmehrheit. Die Einladung hat die Tagesordnung zu enthalten. Unabhängig von der Tagesordnung können darüber hinaus gehende Beschlüsse bei Einstimmigkeit der anwesenden Vorstandsmitglieder wirksam gefasst werden. Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens drei Vorstandsmitglieder anwesend sind, darunter muss **zumindest** der Präsident oder aber der Vizepräsident anwesend sein.

12.4. Das Vorschlagsrecht für den gesamten Vorstand (Präsident, Vizepräsident, Finanzvorstand und Spielführer) liegt ausschließlich bei der Mitgliederversammlung, alle Vorstandsmitglieder werden aus dem Kreis der Mitgliederversammlung vorgeschlagen. Die Wahlen erfolgen gemäß Ziffer 11.8 der Satzung. Blockwahl ist zulässig.

12.5. Die Amtsperiode des Vorstands beträgt drei Jahre, Wiederwahl der Vorstandsmitglieder ist zulässig.

12.6. Der Vorstand ist berechtigt, Ausschüsse und Beauftragte einzusetzen bzw. zu berufen und Abteilungen innerhalb des Clubs zu bilden.

12.7. Die Tätigkeit des Vorstandes ist ehrenamtlich.

12.8. Vorstandssitzungen sind zu protokollieren. Der Inhalt des Protokolls ist genauso vertraulich zu behandeln wie der Inhalt der Vorstandssitzung selbst, es sei denn, die Vertraulichkeit wurde ausdrücklich aufgehoben. Das Protokoll umfasst den wesentlichen Gang, insbesondere die gefassten Beschlüsse der Sitzung. Das Protokoll ist von dem Sitzungsleiter

(Präsident oder Vizepräsident) sowie vom Protokollanten (in der Regel der Schriftführer als Beisitzer) zu unterzeichnen und jedem einzelnen Vorstandsmitglied zuzuleiten.

13. Beirat

(aufgehoben auf Grund des Beschlusses der Mitgliederversammlung vom 24. 03. 2006)

14. Kassenprüfer

- 14.1. Die Mitgliederversammlung wählt auf die Dauer von drei Jahren zwei Kassenprüfer. Wiederwahl ist zulässig.
- 14.2. Die Kassenprüfer haben die Kassengeschäfte und den Jahresabschluss des Vereins zu überprüfen und der Mitgliederversammlung zu berichten.

15. Haftung

- 15.1. Der Verein haftet seinen Mitgliedern nicht für Unfälle, Schäden und sonstige Nachteile, die diese in Ausübung der sportlichen Betätigung erleiden oder herbeiführen, für auf der Golfanlage oder in den Räumen des Vereins abhanden gekommenen oder beschädigten Gegenstände oder alle sonstigen Nachteile und Schäden, die sie auf Vereinsgelände in sonstiger Weise erleiden.
- 15.2. Die Organe des Clubs haften dem Verein und den Mitgliedern nur für Schäden, soweit diese auf grober Fahrlässigkeit oder Vorsatz beruhen. Dies betrifft auch wirtschaftliche, insbesondere steuerliche Angelegenheiten des Vereins und dessen Mitglieder.

16. Satzungsänderungen, Sonstiges

- 16.1. Änderungen und Ergänzungen der Satzung bedürfen eines Beschlusses der Mitgliederversammlung. Die Zustimmung setzt eine Mehrheit von 2/3 der bei der Beschlussfassung abgegebenen Stimmen voraus. Beabsichtigte Satzungsänderungen oder -ergänzungen sind den Mitgliedern mit der Einberufung der Mitgliederversammlung schriftlich bekannt zu geben.
- 16.2. Die Auflösung, Umwandlung oder sonstige Änderung der Vereinsstruktur bedarf eines Beschlusses der Mitgliederversammlung. Entsprechende Anträge sind den stimmberechtigten Mitgliedern unter Angabe von Gründen mitzuteilen. Für die Beschlussfassung ist eine Mehrheit von 2/3 der abgegebenen Stimmen erforderlich.
- 16.3. Die entsprechenden Beschlüsse sind im Vereinsregister zur Eintragung anzumelden.
- 16.4. ~~alt. Bei Auflösung oder Umwandlung des Vereins fällt das aktive Vereinsvermögen dem Rechtsnachfolger oder, sofern nicht vorhanden, dem Hessischen Golfverband zweckgebunden für die Jugendarbeit zu.~~
- 16.4 neu. geändert durch Beschluss der Mitgliederversammlung vom 18.03.2016
 - Bei Auflösung oder Aufhebung der Körperschaft oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke, fällt das Vermögen des Golf und Landclub Bad Arolsen e.V. an die Stadt Bad Arol-

sen, die es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige, mildtätige oder kirchliche Zwecke zu verwenden hat.

17. Übergangsregelungen, Inkrafttreten

17.1. Diese Satzung wurde am 24. Februar 1997 von der Mitgliederversammlung beschlossen.

17.2. Die Satzung tritt mit Eintragung des Vereins im Vereinsregister in Kraft

17.3. Sollten für die Eintragung ins Vereinsregister Änderungen dieser Satzung erforderlich sein, so wird der Vorstand ausdrücklich berechtigt, diese so durchzuführen, dass der Zweck und Sinn des jeweils betroffenen Abschnitts erhalten bleiben.

Bad Arolsen 21.03.2016 gez. Wolfgang Amberg-Schimana

Präsident